



Neubrückestrasse 17 | Postfach | 3001 Bern | T 031 301 82 09 | info@ggbern.ch |
www.ggbern.ch | PC-30-37923-6 | GB Bern - Sektion der Grünen Kanton Bern

Stadtplanungsamt Bern
Zieglerstrasse 62
Postfach
3001 Bern

Bern, 28.06.2018

Vernehmlassung städtische Kulturförderung: Schwerpunkte und Mittelverwendung der Präsidioldirektion 2020-23

Sehr geehrte Damen und Herren

Wir bedanken uns für die Möglichkeit, zu den Schwerpunkten und zur Mittelverwendung 2020 – 2023 in der städtischen Kulturförderung Stellung zu nehmen.

Allgemeine Bemerkungen

Grundsätzlich findet es das Grüne Bündnis sehr erfreulich, dass die Mittel der Kulturförderung erhöht werden. In der Vernehmlassungsvorlage ist allerdings schwer erkennbar, nach welchen Kriterien die einzelnen vorgeschlagenen Erhöhungen bei den Institutionen und freien Fördermitteln zustande gekommen sind. Einleitend werden verschiedene Gründe für die Mittelverteilung erläutert, es ist jedoch nicht ersichtlich, wie sich diese Logik auf die einzelnen Gefässe und Kredite niederschlägt. Für das Grüne Bündnis muss in der städtischen Kulturförderung Transparenz und Nachvollziehbarkeit der Verteilung der Mittel im Zentrum stehen. Dies ist für eine kulturpolitische Aushandlung notwendig und steigert die Chancengleichheit aller Kulturschaffenden und Institutionen. Die Verteilung von Kultursubventionen darf nicht eine Frage der Lautstärke und der Lobbykraft sein.

Für eine politische Beurteilung der einzelnen Erhöhungen fehlt es im vorliegenden Dokument an zusätzlichen Angaben, wie zum Beispiel über Begründungen für neu zu schaffende Gefässe, die Eigenfinanzierungsgrade von Institutionen oder an genaueren Angaben zu den Gesuchen der einzelnen Leistungsvertragspartner.



Schwerpunkte, Kulturbegriff – Umsetzung Kulturstrategie?

Das Grüne Bündnis ist rückblickend sehr erfreut, dass die langjährige Forderung nach einer partizipativ erarbeiteten Kulturstrategie erfüllt wurde. Mit der Kulturstrategie 2017-2028 wurde der kulturpolitische Blick über das «zeitgenössische Kulturschaffen» erweitert hin zu einem Kulturbegriff, welcher «Kultur» auch als einen Beitrag zu Fragen der Stadt- und Quartierentwicklung, des städtischen Zusammenlebens, zum Erhalt von kreativen Freiräumen oder zur Unterstützung von unterschiedlichen kulturellen Ausdrucksformen versteht. In einer «Stadt für alle» ist dieser Kulturbegriff sicher angemessen. Leider scheinen die Kulturstrategie und der implizierte erweiterte Kulturbegriff keine übergeordnete Ebene darzustellen – es ist schwer festzustellen, dass sich der vorliegende Schwerpunkteplan grundsätzlich daraus ableitet. Somit erscheint die Schwerpunktsetzung und die daraus resultierende Mittelverwendung als ein Mix von Schlagworten («Teilhabe», «Soziokultur», etc.) aus der Kulturstrategie und historisch gewachsenen und teilweise argumentativ schwer nachvollziehbaren neuen Förderkrediten. Dass die Kulturstrategie nicht übergeordnet verstanden wird, drückt sich auch dadurch aus, dass in der Vernehmlassungsvorlage nicht sämtliche kulturpolitischen Schwerpunkte, auch solche, die anderen Direktionen angegliedert sind (z.B. der Kinder- und Jugendkulturbereich), mitaufgeführt werden. Somit ist es schwierig im Sinne der Transparenz ein Gesamtbild zu erfassen und eine übergreifende kulturpolitische Debatte über die Ausrichtung der Fördergefässe zu führen.

- **Antrag:** Die Schwerpunktsetzung und Struktur der Fördergefässe –sowie die Vergabe muss sich stringent an der übergeordneten Kulturstrategie 2017-28 orientieren und somit auch direktionsübergreifend dargestellt werden.
- **Antrag:** Das Grüne Bündnis erwartet, dass hinsichtlich der Verabschiedung der Subventionsperiode 2020-23 noch Anpassungen gemäss vorhergehendem Antrag möglich sind.

Zu den einzelnen Schwerpunkten und Fördergefässen

In der ersten Massnahme des ersten Schwerpunktes «Kulturproduktion» der Kulturstrategie (Kulturstrategie, Ziele und Massnahmen, S. 10) wurde angekündigt, dass eine Überprüfung der bestehenden Förderstrukturen und -grundsätze 2017 erarbeitet wird. Es ist bedauerlich, dass diese noch nicht umgesetzt wurde und nun ein Schwerpunktplan verabschiedet wird, welcher bis 2023 gelten soll und auf einer unklaren Basis beruht. Das Grüne Bündnis sieht grossen Handlungsbedarf in diesem Bereich und vertritt aus demokratiepolitischen Gründen die Haltung, dass alle Kredite transparent verwaltet, bzw. einer Kommission mit klarer Zielsetzung zugeordnet sein sollen.



- **Antrag:** Die erste Massnahme des ersten Schwerpunktes «Kulturproduktion» der Kulturstrategie soll umgesetzt werden. Es braucht einen demokratisch organisierten Prozess zur Überprüfung und Anpassung der bestehenden Förderstrukturen.
- **Antrag:** Das Grüne Bündnis beantragt, dass sämtliche Kredite einer Kommission zugeordnet sind und transparent über die Begründung der Höhe der zugewiesenen Mittel informiert wird. Namentlich sind folgende bisherige Kredite keiner Kommission zugewiesen: «Ausserordentliche Beiträge», «Laienorchester / Breitenkultur», «Stadtentwicklung durch Kultur».

Spartenkommissionen

Das Grüne Bündnis sieht insbesondere bei der Logik der Kunst-Sparten-Kommissionen Handlungsbedarf: Diese ist mit dem durch die Kulturstrategie erweiterten Kulturbegriff nicht mehr vereinbar und kulturpolitisch überholt.

Kinder- und Jugendkulturförderung

In der Kulturstrategie wurden Unterstützungsmassnahmen in den Bereichen der Kinder- und Jugendkultur als prioritär verabschiedet. Das Grüne Bündnis ist über diese Prioritätensetzung erfreut. Die Verantwortung der Umsetzung wurde an die Direktion BSS übertragen und es wurden entsprechende Mittel verschoben, bzw. zusätzlich eingestellt.

- **Antrag:** Die Gefässe der Kinder- und Jugendkultur sollen gleichberechtigt in der Auslegeordnung der verschiedenen Kulturkommissionen mitgedacht und aufgeführt werden. Dies geschieht auch im Sinne der Transparenz über das Verhältnis der vorgesehenen Höhen der Fördermittel.

«Kommission Hauptstadt-Kultur»

Es erschliesst sich dem Grünen Bündnis nicht, welches Ziel mit dem «Hauptstadt-Kultur»-Kredit genau verfolgt wird, bzw. an welchem Kulturbegriff sich dieses Gefäss orientiert. Laut Förderkonzept dieses Kredites sollen Projekte gefördert werden, welche «für Bern kulturell besonders bedeutend sind und überregional ausstrahlen». Neu sollen vermehrt Projekte mit «soziokulturellem Anteil» unterstützt werden. Dies widerspricht sich: Es ist unklar, ob nun «Leuchtturm-Projekte», die nach aussen ausstrahlen oder im Sinne einer «Stadt für alle», Projekte mit und für die Stadtbevölkerung gefördert werden sollen.

- **Antrag:** Der Zweck dieses Gefässes muss im Rahmen der ersten Massnahme der Kulturstrategie (Kulturstrategie, Ziele und Massnahmen, S. 10) geklärt werden.



Kredit «Laienorchester / Breitenkultur»

Der Kredit «Laienorchester / Breitenkultur» scheint ein willkürlich historisch gewachsener Kredit zu sein. Es ist schwer nachzuvollziehen, was unter «Breitenkultur» gemeint ist und weshalb im sogenannten «Laienbereich», gerade die Orchester und nichts darüber hinaus gefördert werden sollen.

- **Antrag:** Bildung einer «Kommission Kultur Stadt für alle», welche Spartenunabhängige und/oder -übergreifende Projekte fördert. Hier soll unter anderem der Kredit «Laienorchester / Breitenkultur» verwaltet werden.

Kredit «Stadtentwicklung durch Kultur»

Es ist nicht nachvollziehbar, was das Ziel dieses Kredites sein soll. Das Grüne Bündnis lehnt eine Mitfinanzierung von Stadt-Marketing, Tourismus oder Gross-Events durch Kulturmittel ab. Es macht zudem den Anschein, dass aus diesem Kredit willkürlich Projekte unterstützt werden: Der Zusammenhang zwischen den in der Vernehmlassungsvorlage (S. 11) erwähnten Projekten (Instrumentensammlung Burri, Umplatzierung Skulptur Cristophorus und Auftritt Orchester der Vereinten Nationen) und den diesen Abschnitt einleitenden Zielen des Kredites ist nicht ersichtlich. Eine Begründung zur Erhöhung dieses Kredites um 25'000.- liegt nicht vor.

- **Antrag:** Das Grüne Bündnis stellt den Antrag, auf diesen Kredit sowie die vorgeschlagene Erhöhung zu verzichten und den Beitrag von 75'000.- zu streichen.

Kredit «Ausserordentliche Beiträge»

Dieser Kredit ist keiner Kommission zugeordnet und es ist unklar, nach welchen Kriterien die Mittel vergeben werden. Eine substantielle Begründung der vorgesehenen Erhöhung von 155'000.- fehlt in der Vernehmlassungsvorlage.

- **Antrag:** Bildung einer «Kommission Kultur Stadt für alle», welche Spartenunabhängige und/oder -übergreifende Projekte fördert. Hier soll unter anderem der Kredit «Ausserordentliche Beiträge» verwaltet werden.

Neuer Kredit «Infrastrukturen in der Altstadt für kulturelle Nutzung»

Es ist nicht nachvollziehbar, was mit diesem Kredit verfolgt werden soll. Die Ausführungen (S. 13) hierzu sind schwammig und widersprüchlich: Welche aktuellen Kulturlokale, welche «nicht den Kriterien der Kulturförderung entsprechen» sind gemeint? Auch dieser Kredit scheint keiner Kommission zugeordnet zu sein, was das



Grüne Bündnis problematisch findet. Das Grüne Bündnis erachtet es zudem als problematisch, dass neue unklar begründete Gefässe geschaffen werden sollen, während bisher unterstützte Kulturinstitutionen – wie medial zu lesen war – nicht in dem Masse subventioniert werden sollen, dass Unterfinanzierungen verhindert werden können.

- **Antrag:** Auf den neuen Kredit «Infrastrukturen in der Altstadt für kulturelle Nutzung» soll verzichtet werden. Der dafür vorgesehene Betrag von 100'000.- soll in die institutionelle Förderung einfließen.

Neuer Kredit «Promotion und Distribution»

Es ist nicht nachvollziehbar, was mit diesem Kredit verfolgt werden soll. Die Ausführungen (S. 13) hierzu sind schwammig und widersprüchlich: Welche Art von Projekten ist gemeint? Auch dieser Kredit scheint keiner Kommission zugeordnet zu sein, was das Grüne Bündnis problematisch findet. Das Grüne Bündnis erachtet es zudem als problematisch, dass neue unklar begründete Gefässe geschaffen werden sollen, während bisher unterstützte Kulturinstitutionen – wie medial zu lesen war – nicht in dem Masse subventioniert werden sollen, dass Unterfinanzierungen verhindert werden können.

- **Antrag:** Auf den neuen Kredit «Promotion und Distribution» soll verzichtet werden. Der dafür vorgesehene Betrag von 150'000.- soll in die institutionelle Förderung einfließen.

Zur Institutionellen Förderung

Das Grüne Bündnis begrüsst es, dass darauf hingearbeitet werden soll, angemessene Arbeitsbedingungen zu schaffen und Unterfinanzierungen zu vermeiden. Wie jedoch eingangs erläutert, fehlen in der Vernehmlassungsvorlage genügend Angaben, um die einzelnen Beiträge über die Leistungsverträge zu beurteilen. Es ist für das Grüne Bündnis nicht nachvollziehbar, warum grossen Institutionen wie KTB (welche zudem momentan nicht problemlos funktioniert), der Beitrag erhöht wird, während kleineren Institutionen zu wenig Erhöhungen zugesprochen werden, um ihre Unterfinanzierung zu beheben.

Gemäss Medienberichten erachten einige Leistungsvertragspartner_innen die Kommunikation während den Vertragsverhandlungen als mangelhaft. Diskussionen über eingereichte Gesuche werden vermisst. Das Grüne Bündnis bedauert dies, zumal für den Gemeinderat Partizipation ein wichtiger Legislatorschwerpunkt ist.

- **Antrag:** Der Prozess der Leistungsvertragsverhandlungen muss im Rahmen der ersten Massnahme der Kulturstrategie (Kulturstrategie, Ziele und Massnahmen, S. 10) verbessert werden.



Es ist unklar, mit welchen Institutionen nach welchen Kriterien ein Leistungsvertrag abgeschlossen wird und nach welcher Logik die Abgrenzung zwischen einem städtischen oder tripartiten Leistungsvertrag verläuft. Gerade bei den tripartiten Verträgen ist es politisch unbefriedigend, dass zu keinem Zeitpunkt die Mitsprache kulturpolitischer Akteur_innen ernsthaft gewährleistet ist.

- **Antrag:** Im Rahmen der ersten Massnahme der Kulturstrategie (Kulturstrategie, Ziele und Massnahmen, S. 10) soll geklärt werden, nach welchen Kriterien die Stadt mit kulturellen Institutionen einen Leistungsvertrag abschliessen soll und wie die Abgrenzung zwischen der städtischen Subventionierung und der tripartiten Förderung verläuft.

Zusammenarbeit und Kommunikation

Das Grüne Bündnis ist erfreut, dass sich der Dachverband Berner Kulturveranstalter «be-kult» für die Stadt zu einem ernstgenommenen Dialogpartner entwickelt hat. Das Grüne Bündnis ist jedoch der Meinung, dass wer «be-kult» sagt, auch «a-kult» sagen könnte: Die Stadt soll nicht nur im Dialog mit Kulturveranstaltenden stehen, sondern auch verstärkter mit Kulturschaffenden aus der freien Szene. Der stärkere Austausch der Kulturszene unter sich und mit der städtischen Kulturförderung soll mit geeigneten Mitteln gefördert werden, z.B. durch finanzielle Unterstützung einer noch aufzubauenden Plattform der Kulturschaffenden «a-kult». Diese soll insbesondere die Vertreter_innen der freien Szene stärker vernetzen und in ihrer Positionierung unterstützen. Die Stadt Bern braucht einen Dachverband, bei welchem sowohl freischaffende Künstler_innen und Kulturschaffende wie auch Institutionen und Veranstalter_innen mitwirken. Diese Vereinigung soll für die Stadt Bern die erste und wichtigste Ansprechpartnerin in kulturellen Belangen sein.

Wir danken Ihnen für die Berücksichtigung unserer Bemerkungen und Anträge und verbleiben mit freundlichen Grüssen

i.V. Benjamin Steinweg
Geschäftsführer des Grünen Bündnis